

Absender

An die
Personalstelle

Berlin, _____

Amtsangemessene Alimentation/meine Besoldung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen die mir im Jahr 2017 gewährte sowie meine laufende Besoldung

ein.

Darüber hinaus **widerspreche** ich der Besoldung für das Jahr 2014 bis 2016 und bitte auch um deren Überprüfung.

Als Begründung beziehe ich mich auf die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.09.2017 (BVerwG 2 C 56.16; BVerwG 2 C 57.16; BVerwG 2 C 58.16; BVerwG 2 C 4.17; BVerwG 2 C 5.17; BVerwG 2 C 6.17; BVerwG 2 C 7.17; BVerwG 2 C 8.17). Danach sind bereits für zwei Parameter (Vergleich der Besoldungsentwicklung zu den Tarifiergebnissen der Angestellten im öffentlichen Dienst und zum Verbraucherpreisindex) die Schwellenwerte in besonders deutlicher Weise überschritten. Bei der Gesamtbetrachtung kommt das Gericht zum Ergebnis, dass keine angemessenen Alimentation der zu betrachtenden Jahre vorliegt bzw. vorlag. Die Besoldung war danach in den Jahren 2008 bis 2015 bereits in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen. Ich vertrete die Auffassung, dass meine Besoldung ab 2008 nicht der verfassungsrechtlich gebotenen amtsangemessenen Alimentierung entsprochen bzw. auch in den Folgejahren nicht entsprochen hat.

Ich schlage vor, das Verfahren zunächst auszusetzen bzw. zum Ruhen zu bringen und hier nicht zu bescheiden. Da die hier zitierten Entscheidungen des Bundesverwaltungsgericht dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt wurden und dessen Entscheidung in zeitlicher Hinsicht nicht absehbar ist, bitte ich Sie mir gegenüber auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Ich bitte Sie mir den Eingang meines Antrages schriftlich zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Name, Vorname